

II-4312 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. JUNI 1975

No. 2133/J
Anfrage

der Abgeordneten Dr. HAUSER
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Justiz
betreffend Bedenken der Sicherheitsbehörden wegen vor-
schneller Freilassung von Untersuchungshäftlingen durch
die Justizbehörden

In letzter Zeit nehmen die Meldungen über die Unzufrieden-
heit der Sicherheitsbehörden über vorschnelle Freilassungen
von Untersuchungshäftlingen zu. Zuletzt berichtete der
"Kurier" am 31.5.1975 unter dem Titel "Milde wird zum
Problem", daß die Polizei die derzeitige Praxis der Gerichte
bedenklich findet, auch gefährliche Gesetzesbrecher schon
bald nach ihrer Ausforschung freizulassen oder überhaupt
nicht verhaften zu lassen; bedenklich nicht nur deshalb,
weil diese anschwellende milde Welle der Polizei letztlich
mehr Arbeit beschert, sondern weil sie ein Sicherheits-
risiko darstellt und einige Bemühungen um den vielpropa-
gierten Sicherheitsplan über Bord spülen könnte. Sodann
wird im "Kurier" die Haftscheu gegenüber manchen kriminellen
Elementen an Hand von drei konkreten Beispielen untermauert.

Der Bericht im "Kurier" schließt mit folgenden Satz: "Vor
allem die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft scheint viel-
mehr vom Ehrgeiz beseelt, Österreichs Haftquoten zu senken".

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Justiz folgende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Teilen Sie die oben angeführten Bedenken der Sicherheitsbehörden ?
- 2) Haben die Sicherheitsbehörden ihre Bedenken den Justizbehörden zur Kenntnis gebracht ?
- 3) Wenn dies der Fall war, welche Haltung haben die Justizbehörden eingenommen und welche Maßnahmen werden ins Auge gefaßt ?
- 4) Wenn dies nicht der Fall war, werden Sie von sich aus Kontakt mit dem Bundesminister für Inneres aufnehmen ?
- 5) Entspricht die im "Kurier" veröffentlichte Annahme den Tatsachen, wonach die Ursache des Problemes im Ehrgeiz der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft liegt, die Haftquoten in Österreich zu senken ?
- 6) Welche Maßnahmen werden Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit ergreifen, um in Hinkunft eine Erschwerung der Arbeit der Sicherheitsbehörden durch vorschnelle Enthaftungen zu vermeiden ?